

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1874  
des Abgeordneten Dr. Andreas Bernig  
Fraktion DIE LINKE  
Landtagsdrucksache 4/4758

### **Jahresabgleich zur Politisch Motivierten Kriminalität von Rechts 2006**

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1874 vom 22.05.2007:

Die Zahl rechter Straf- und Gewalttaten in Brandenburg bewegt sich nach wie vor auf einem hohen Niveau. In Beantwortung monatlicher Anfragen der Abgeordneten Dr. Bernig und Sarrach ergeben sich Differenzen im Vergleich zu den Angaben der Landesregierung, der Bundesregierung und den Angaben von Opferhilfevereinen. So veröffentlichte das Ministerium des Innern in der Pressekonferenz zur Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität insgesamt 1.399 Straftaten, was einen Anstieg um mehr als 100 Fälle darstellt. Zudem wurden 90 rechtsmotivierte Gewaltdelikte verzeichnet. In den Antworten auf die monatlich gestellten Kleinen Anfragen der Abgeordneten Sarrach und Dr. Bernig hat die Landesregierung insgesamt 1.111 Straftaten angegeben, zudem wurden 57 Gewaltdelikte angegeben.

Am 22.01.2006 wurde nach Medienberichten in Michendorf ein Jugendlicher schwer verletzt, als gegen 03:00 Uhr eine Gruppe rechter Skinheads eine Gaststätte stürmte, das Mobiliar zerschlug und andere Gäste malträtierte (PNN vom 30.01.2006). Am 28.12.2006 wurde ebenfalls nach Medienberichten ein Schüler in einem Regionalexpress zwischen Neuruppin und Hennigsdorf von zwei der rechtsextremen Szene zugehörigen Männern blutig geschlagen. Weitere Fahrgäste, darunter zwei aus Asien stammende Männer wurden beschimpft und bedroht. Die Täter wurden festgenommen. Das Opfer musste sich in ärztliche Behandlung begeben (MAZ vom 30.12.2006). Beide Vorfälle finden in den entsprechenden Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen DS 4/3016 und 4/4160 keine Erwähnung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt sich die Differenz in den oben benannten Zahlen?
2. Warum finden einige erhebliche offenbar rechtsmotivierte Gewaltübergriffe, wie die oben benannten, keine Beachtung in der Beantwortung der monatlichen parlamentarischen Anfragen?

Datum des Eingangs: 17.07.2007 / Ausgegeben: 23.07.2007

3. In wie vielen Fällen von Gewaltstraftaten hat die Landesregierung im Jahr 2006 Vorfälle rechtsmotivierter Gewaltstraftaten in der Beantwortung der monatlichen Kleinen Anfragen nicht angegeben?
4. Um welche Gewalttaten – tabellarisch aufgeschlüsselt nach Ort, Landkreis, Datum, Herkunftsland der/s Opfer/s, Anzahl der Opfer und der Täter, Straftat nach dem Strafgesetzbuch - handelt es sich dabei? Welche dieser Straftaten waren extremistisch ausgeprägt? Welchen Kategorien im Themenfeld Hasskriminalität (fremdenfeindlich, antisemitisch, Gewalt gegen Linke, Gewalt gegen sonstige politische Gegner) sind diese Taten zuzuordnen?
5. Was waren die jeweiligen Gründe dafür, dass diese Gewalttaten in der monatlichen Kleinen Anfrage nicht gemeldet wurden?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen:

Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität werden über den bundeseinheitlich geregelten „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfasst.

Nach bundesweiter Vereinbarung ist der Stichtag für den Meldeschluss zur Erfassung politisch motivierter Straftaten für das jeweils vergangene Jahr der 31.01. des Folgejahres. Die Statistikgrößen für den Jahresabschluss des jeweiligen Vorjahres werden mit diesem Stichtag erhoben. Erst mit dieser Erhebung liegen auch für verschiedene Jahresabschnitte (z. B. Monate, Quartale) des vergangenen Jahres abschließende Werte vor.

Dem hingegen sind alle im Jahresverlauf erhobenen Daten für Jahresabschnitte vorläufig. Dies betrifft auch die statistischen Werte und Angaben in der Beantwortung der regelmäßigen monatsbezogenen Kleinen Anfragen zu rechtsmotivierten Straftaten der Abgeordneten Dr. Bernig und Sarrach. Darauf wird in den Antworten auf diese Kleinen Anfragen ausdrücklich hingewiesen. Dort heißt es wiederkehrend: „Es ist darauf hinzuweisen, dass die Zahlen für den Monat .... nicht abschließend sind. Sie repräsentieren den Stand zur anlassbezogenen Erhebung am ....“

Aus nachfolgend benannten Gründen unterliegt der auf den KPMD-PMK beruhende Datenbestand im Jahresverlauf einer ständigen Aktualisierung.

Nach den bundesweiten Richtlinien zum KPMD-PMK melden die sachbearbeitenden Dienststellen dem Landeskriminalamt unverzüglich alle bekannt gewordenen politisch motivierten Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer politischen Motivation vorhanden sind. Solche Anhaltspunkte sind aber nicht immer bereits zu Beginn von Strafverfahren erkennbar, sondern sind in bestimmten Fällen Ergebnis länger andauernder Ermittlungen. Folgerichtig kommt es zu Nachmeldungen.

Nachmeldungen im Rahmen des KPMD-PMK können ebenso durch das Anzeigeverhalten von Opfern/Geschädigten zustande kommen, nämlich dann, wenn die Sachverhalte erst mit größerem zeitlichen Abstand zu den Tathandlungen angezeigt werden und die Strafverfolgungsbehörden auch auf anderem Weg keine Kenntnis von diesen Straftaten erhalten haben

Daneben gibt es Fälle - wenn auch seltener -, die zu Beginn der Ermittlungen als politisch motivierte Straftaten klassifiziert und demzufolge im Rahmen des KPMD-PMK gemeldet wurden, bei denen sich im weiteren Verfahrensgang die tatbestimmende politische Motivation aber nicht bestätigt. Dies führt dann folgerichtig zur Herausnahme solcher Straftaten aus dem Datenbestand zu politisch motivierten Straftaten.

Ebenso sind im Zuge der Ermittlungen zu politisch motivierten Straftaten Umklassifizierungen im Hinblick auf die Deliktsqualität möglich. So können sich zunächst als politisch motivierte Gewaltdelikte erfasste Fälle später als „sonstige“ politisch motivierte Straftaten erweisen oder umgekehrt, z. B. bei Nichtbestätigung der Tatbestandsmerkmale einer Körperverletzung (Gewaltdelikt) und weitere Strafverfolgung als Beleidigung (kein Gewaltdelikt).

Die in der Präambel der Kleinen Anfrage angesprochenen Abweichungen von Zahlenangaben aus dem KPMD-PMK von Angaben der Opferhilfevereine ergeben sich aus anderen Sachzusammenhängen und sind zwangsläufig. Im Land Brandenburg führt der Verein „Opferperspektive e. V.“ eine „Chronologie rechter Gewalt in Brandenburg“.

Während die Statistikangaben auf Grundlage des KPMD-PMK zu rechtsmotivierten Gewaltstraftaten des Landes Brandenburg auf Ermittlungsergebnissen in Strafverfahren basieren, die nach einem bundesweit abgestimmten Definitionssystem zur Politisch motivierten Kriminalität sowie Richtlinien und Verfahrensregeln zum Meldedienst KPMD-PMK bewertet und erfasst werden, beruht die vom Verein „Opferperspektive e. V.“ geführte Chronologie überwiegend auf Medienberichten und Informationen aus der eigenen Opferberatung und unterliegen damit keiner vergleichbaren Tiefenprüfung.

Außerdem werden in der Chronologie wiederkehrend Sachverhalte der Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung, Nötigung und Sachbeschädigung als Gewalttaten ausgewiesen. Der bundesweit abgestimmte „Katalog politisch motivierter Gewaltdelikte“ klassifiziert diese Straftaten dem hingegen nicht als Gewaltdelikte.

Andererseits sind im KPMD-PMK auch rechtsmotivierte Gewaltdelikte erfasst worden, die in der Chronologie des Vereins „Opferperspektive e. V.“ nicht abgebildet sind.

Frage 1:

Wie erklärt sich die Differenz in den oben benannten Zahlen?

zu Frage 1:

Auf die Vorbemerkungen wird verwiesen.

Die in der Präambel der Kleinen Anfrage genannten 1.111 rechtsmotivierten Straftaten und 57 rechtsmotivierten Gewaltdelikte repräsentieren lediglich die Summen der in den jeweiligen Kleinen Anfragen zu den einzelnen Monaten des Jahres 2006 ausgewiesenen Zahlen. Die Werte der Jahresabschlussstatistik PMK 2006 weichen aus den genannten Gründen davon ab (1.399 rechtsmotivierte Straftaten, davon 90 rechtsmotivierte Gewaltdelikte).

#### Frage 2:

Warum finden einige erhebliche offenbar rechtsmotivierte Gewaltübergriffe, wie die oben benannten, keine Beachtung in der Beantwortung der monatlichen parlamentarischen Anfragen?

#### zu Frage 2:

Alle zum Zeitpunkt der anlassbezogenen Erhebung im KPMD-PMK erfassten rechtsmotivierten Gewaltdelikte für den jeweils angefragten Monat fanden Eingang in die Beantwortung der monatlichen parlamentarischen Anfragen. Darüber hinaus wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

Zu den beiden in der Präambel der Kleinen Anfrage explizit hervorgehobenen Sachverhalten, die keine Erwähnung in den Antworten zu den monatlichen Kleinen Anfragen fanden, ist folgendes festzustellen:

- 22.01.2006 – Gefährliche Körperverletzung in Michendorf  
Diese Straftat wurde im Ergebnis der geführten Ermittlungen am 19.05.2006 als politisch motiviertes Gewaltdelikt einklassifiziert und entsprechend im KPMD-PMK erfasst.
- 28.12.2006 – Körperverletzung im Regionalzug Wittenberge-Berlin/Spandau  
Die Bearbeitung dieses Sachverhalts erfolgte in Abstimmung zwischen der Landes- und Bundespolizei durch die örtlich zuständige Bundespolizei, da in Auswertung der ersten Zeugenvernehmung ein politisch motivierter Hintergrund der Tat ausgeschlossen werden konnte. Durch die Bundespolizei wurde bislang nicht mitgeteilt, dass die weiteren Ermittlungen zu einem anderen Ergebnis gekommen wären.

#### Frage 3:

In wie vielen Fällen von Gewaltstraftaten hat die Landesregierung im Jahr 2006 Vorfälle rechtsmotivierter Gewaltstraftaten in der Beantwortung der monatlichen Kleinen Anfragen nicht angegeben?

#### zu Frage 3:

In keinem Fall, auf die Vorbemerkungen und auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

#### Frage 4:

Um welche Gewalttaten – tabellarisch aufgeschlüsselt nach Ort, Landkreis, Datum, Herkunftsland der/s Opfer/s, Anzahl der Opfer und der Täter, Straftat nach dem Strafgesetzbuch - handelt es sich dabei? Welche dieser Straftaten waren extremistisch ausgeprägt? Welchen Kategorien im Themenfeld Hasskriminalität (fremdenfeindlich, antisemitisch, Gewalt gegen Linke, Gewalt gegen sonstige politische Gegner) sind diese Taten zuzuordnen?

#### zu Frage 4:

In der Jahresabschlussstatistik PMK 2006 für das Land Brandenburg sind insgesamt 35 rechtsmotivierte Gewaltstraftaten enthalten, die in den Antworten zu den monatsbezogenen parlamentarischen Anfragen aus den genannten Gründen nicht aufgeführt sind. Als Anlage ist eine Aufstellung dieser 35 rechtsmotivierten Gewaltstraftaten gemäß Fragestellung beigelegt, alle Fälle wurden als extremistisch bewertet.

Außerdem ist anzumerken, dass zwei von den 57 rechtsmotivierten Gewaltdelikten, die in den Antworten zu den monatsbezogenen parlamentarischen Anfragen aufgeführt wurden, in der Jahresabschlussstatistik PMK 2006 nicht mehr als Gewaltstraftaten klassifiziert sind. Hierbei handelt es sich um die ursprünglich als Körperverletzungen erfassten Straftaten vom 23.08. und 31.08.2006 in Schwedt. Im Rahmen der geführten Ermittlungen konnten die Tatbestandsmerkmale einer Körperverletzung in beiden Fällen nicht verifiziert werden. Diese Straftaten waren abschließend als rechtsmotivierte Beleidigungen zu erfassen.

Frage 5:

Was waren die jeweiligen Gründe dafür, dass diese Gewalttaten in der monatlichen Kleinen Anfrage nicht gemeldet wurden?

zu Frage 5:

Auf die Vorbemerkungen und die Antworten auf die Fragen 1 bis 4 wird verwiesen.

**Politisch motivierte Kriminalität -rechts-**  
**zu Frage 4: Gewaltdelikte -rechts- Nachmeldungen 2006**

Lfd. Nr.	Delikt (§§)	Tatzeit	Tatort	Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Unterthemenfelder				Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen	Anzahl der ermittelten Opfer	Herkunftsland der Opfer
					fremdenfeindlich	anti-semitisch	gegen links	gegen sonstige politische Gegner			
1	223	14.01.2006	Lychen	Uckermark				x	1	1	Deutschland
2	224	22.01.2006	Michendorf	Potsdam-Mittelmark			x		4	4	Deutschland
3	224	02.02.2006	Potsdam	Potsdam-Mittelmark			x		6	4	Deutschland
4	224	19.02.2006	Meyenburg	Prignitz		x			1	1	Deutschland
5	223	19.02.2006	Rathenow	Havelland	x				1	1	Deutschland
6	224	25.02.2006	Potsdam	Potsdam			x		5	2	Deutschland
7	224	31.03.2006	Falkensee	Havelland			x		1	1	Deutschland
8	224	07.04.2006	Rathenow	Havelland			x		8	3	Deutschland
9	224	15.04.2006	Wildau	Dahme-Spreewald			x		3	3	Deutschland
10	249	20.04.2006	Rheinsberg	Ostprignitz-Ruppin			x		2	1	Deutschland
11	224	21.04.2006	Potsdam	Potsdam	x				3	1	Marokko
12	223	28.04.2006	Frankfurt (Oder)	Frankfurt (Oder)			x		1	1	Deutschland
13	249	29.04.2006	Werder	Potsdam-Mittelmark			x		2	1	Deutschland
14	223	09.05.2006	Potsdam	Potsdam			x		0	1	Deutschland

Opfer im Sinne der Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität sind natürliche Personen, die durch die mit Strafe bedrohte Handlung **körperlich geschädigt wurden oder werden sollten**.

**Politisch motivierte Kriminalität -rechts-**  
**zu Frage 4: Gewaltdelikte -rechts- Nachmeldungen 2006**

Lfd. Nr.	Delikt (§§)	Tatzeit	Tatort	Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Unterthemenfelder				Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen	Anzahl der ermittelten Opfer	Herkunftsland der Opfer
					fremdenfeindlich	anti-semitisch	gegen links	gegen sonstige politische Gegner			
15	224	20.05.2006	Falkensee	Havelland			x		3	2	Deutschland
16	224	27.05.2006	Fürstenwalde	Oder-Spree			x		6	2	Deutschland
17	223	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		0	1	Deutschland
18	224	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		1	1	Deutschland
19	224	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		1	1	Deutschland
20	224	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		1	1	Deutschland
21	224	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		1	1	Deutschland
22	224	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		0	1	Deutschland
23	224	03.06.2006	Guben	Spree-Neiße			x		1	1	Deutschland
24	224	03.06.2006	Rathenow	Havelland			x		1	2	Deutschland
25	223	08.07.2006	Frankfurt (Oder)	Frankfurt (Oder)			x		0	1	Deutschland
26	306	16.07.2006	Potsdam	Potsdam			x		0	entfällt	entfällt
27	224	01.08.2006	Schwerin	Dahme-Spreewald	x				1	0 (Versuch)	Frankreich
28	223	17.08.2006	Templin	Uckermark			x		1	3	Deutschland

Opfer im Sinne der Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität sind natürliche Personen, die durch die mit Strafe bedrohte Handlung **körperlich geschädigt wurden oder werden sollten**.

**Politisch motivierte Kriminalität -rechts-**  
**zu Frage 4: Gewaltdelikte -rechts- Nachmeldungen 2006**

Lfd. Nr.	Delikt (§§)	Tatzeit	Tatort	Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Unterthemenfelder				Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen	Anzahl der ermittelten Opfer	Herkunftsland der Opfer
					fremdenfeindlich	anti-semitisch	gegen links	gegen sonstige politische Gegner			
29	224	30.08.2006	Frankfurt (Oder)	Frankfurt (Oder)	x				2	2	Irak
30	224	16.09.2006	Kleinmachnow	Potsdam-Mittelmark		x		x	1	1	Deutschland
31	224	16.09.2006	Rathenow	Havelland			x		7	4	Deutschland
32	224	13.10.2006	Eberswalde	Barnim			x		4	1	Deutschland
33	224	20.10.2006	Frankfurt (Oder)	Frankfurt (Oder)			x		1	1	Deutschland
34	125	20.10.2006	Rathenow	Havelland			x		8	2	Deutschland
35	224	23.10.2006	Eisenhüttenstadt	Oder-Spree	x				2	1	Deutschland

Opfer im Sinne der Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität sind natürliche Personen, die durch die mit Strafe bedrohte Handlung **körperlich geschädigt wurden oder werden sollten**.